

„Italien nach 1945“
**Bericht über die 14. internationale Tagung der „Arbeitsgemeinschaft für die neueste
Geschichte Italiens“**
**in Verbindung mit dem Deutschen Historischen Institut in Rom, der Kulturabteilung
der Italienischen Botschaft, dem Italienzentrum der FU Berlin und dem Zentrum für
Vergleichende Geschichte Europas**
15.-17. Juni 2006 in Berlin

Bei fast schon römischen Temperaturen traf Mitte Juni dieses Jahres die „Arbeitsgemeinschaft für die neueste Geschichte Italiens“ zu ihrem 14. internationalen Arbeitstreffen in Berlin zusammen. Thema des diesjährigen Workshops war die Zeit nach 1945. Der Konzeption des AG-Treffens entsprechend trugen fast ausschließlich jüngere ForscherInnen aus ihren laufenden Arbeiten vor. Es ergab sich eine thematisch wie methodisch ausgesprochen bunte Palette an Vorträgen, die vom Wiederaufbau der italienischen Streitkräfte unmittelbar nach 1945 über den Linkskatholizismus vor „68“ bis hin zum Terrorismus der Siebzigerjahre reichte. Bei aller Vielfalt lassen sich die insgesamt 13 Beiträge unter vier übergeordneten Gesichtspunkten zusammenfassen.

**Der lange Nachkrieg. Integration und Erinnerung in der italienischen
Zusammenbruchsgesellschaft**

Den Auftakt des Workshops bildete der Vortrag Isabella von Treskows zur Memorialistik des italienischen Widerstands. Die Literaturwissenschaftlerin aus Potsdam ging dabei der Frage nach, wie die Autoren ihren Kampf als Partisanen gegen die italienischen Faschisten beschrieben, die nach 1943 Mussolini die Treue hielten und den Krieg dann auf deutscher Seite gegen die eigenen Landsleute fortsetzten. Wie erste Ergebnisse des noch am Anfang stehenden Projektes zeigen, sprachen die ehemaligen Mitglieder der Resistenza ihren früheren Gegnern die Zugehörigkeit zum italienischen Kulturkreis völlig ab. Die zudem noch als „unmännlich“ und „feige“ beschriebenen Faschisten wurden damit gewissermaßen aus der eigenen Nationalgeschichte entsorgt. Sich selbst stilisierten die Widerständler dagegen zu männlich-heroischen Führerpersonen. In der anschließenden Aussprache wurde zunächst auf die erstaunlichen Parallelen zur Widerstands-Memorialistik in Österreich und Osteuropa hingewiesen. Angeregt wurde ferner, bei der Analyse noch stärker den Entstehungskontext

und die Rezeption der Erinnerungstexte zu berücksichtigen und beispielsweise auch auf Video aufgezeichnete Interviews mit ehemaligen Widerständlern einzubeziehen.

Um die Konstruktion von Geschichtsbildern durch Zeitzeugen ging es auch in dem Vortrag von Thomas Schlemmer über Giovanni Messe. Der nach Pietro Badoglio bedeutendste General der faschistischen Wehrmacht stellte sich nach 1943 ebenfalls auf die Seite der Alliierten und lieferte nach dem Krieg einen wichtigen Beitrag zur Reinwaschung der italienischen Streitkräfte, indem er die Gegensätze zwischen Militär und Faschismus so groß wie möglich machte. Wie Schlemmer jedoch nachweisen kann, ergaben sich durchaus Schnittmengen zwischen dem konservativ-monarchistischen Denken Messes und der Ideologie des faschistischen Regimes, das den General nicht umsonst zu seinem Oberbefehlshaber an der Ostfront gemacht hatte. 1943 entschied sich Messe jedoch für die Alliierten, weil er aus ausgesprochen etatistischer Perspektive die bedrohte Einheit des italienischen Staates zu retten suchte. Messe war dann am Aufbau der neuen italienischen Streitkräfte beteiligt und sorgte über die von ihm aufgebauten Netzwerke für den beinahe nahtlosen Übergang etlicher Offiziere des Faschismus in die Armee des neuen demokratischen Staats.

Integrationsbemühungen ganz anderer Art beschrieb Giovanna d'Amico aus Turin in ihrem Beitrag über die letztlich begrenzte Wiedergutmachung an den italienischen Juden. Zwar wurden rassistisch Verfolgte im Rahmen einer doppelten Gesetzgebung insgesamt gegenüber anderen Opfergruppen bevorzugt. Doch unterschied der Gesetzgeber bei den jüdischen Verfolgten noch einmal zeitlich in zwei Opferkategorien, die auffallend ungleich behandelt wurden: Nur diejenigen, die nach dem 8. September 1943 von der von Deutschland abhängigen Repubblica di Salò verfolgt worden waren, hatten beispielsweise ein Anrecht auf Wiedereinstellung in ihren früheren Beruf im Bereich der Privatwirtschaft. Die jüdischen Opfer der vorangegangenen Jahre, als Mussolini Italien souverän allein regiert hatte, gingen hingegen in dieser Hinsicht leer aus. Das lag zum einen an der insgesamt mangelhaften Auseinandersetzung der italienischen Nachkriegsgesellschaft mit der faschistischen Diktatur. Zum anderen war der Einfluss der Alliierten auf die Entschädigungs-Gesetzgebung bei weitem nicht so groß wie in Westdeutschland.

Politisches System, Parteien und Nation. Forschungsstand und Case studies

Einen Überblick über die Entwicklung des Fachs Zeitgeschichte in Italien und den Stand der Forschung vermittelte Stefano Cavazza. Der an der Universität Bologna lehrende Historiker machte zunächst einmal deutlich, dass sich „*storia contemporanea*“ als eigenständiges Fach

vergleichsweise spät, nämlich erst in den Sechzigerjahren, von der Neuzeitforschung emanzipierte, dann aber wie in Westdeutschland eine erhebliche Expansion erfuhr. Im Unterschied zur Bundesrepublik konzentriert sich die italienische Zeitgeschichtsforschung bis heute jedoch sehr stark auf klassische Themen wie Institutionen- und Parteiengeschichte, während sozialgeschichtliche Themen eher von Soziologen behandelt werden. Die Erforschung des Faschismus setzte vergleichsweise spät ein: Cavazza datierte den Beginn einer ernsthaften historiografischen Auseinandersetzung ebenfalls auf Anfang der Sechzigerjahre, als auch Impulse aus dem Ausland aufgegriffen worden seien. Bereits in den Achtzigerjahren habe Italien jedoch den Anschluss an die internationale Faschismusforschung teilweise wieder verloren, wie Cavazza resümierte.

In der anschließenden Diskussion stand die Frage im Zentrum, inwieweit dieses Urteil nicht für die italienische Zeitgeschichtsforschung als ganzes zu gelten habe. So bemängelte etwa Wolfgang Schieder, dass es kaum vergleichende Arbeiten gebe. Oliver Janz verwies demgegenüber auf die vielen italienischen Doktoranden, die mittlerweile dank des Erasmus-Programms in Deutschland forschten. Die Ursachen für die ungenügende internationale Ausrichtung der italienischen Zeitgeschichtsforschung sahen die anwesenden italienischen Kollegen primär darin, dass für derartig kostspielige Forschungsvorhaben zu wenig Geld bereit stehe und es mit Blick auf die eigene Karriere nach wie vor für italienische Historiker vorteilhafter sei, nationale Themen zu bearbeiten.

Der Produktion nationaler Geschichtsbilder durch italienische Historiker widmete sich Simone Steinmeier in ihrem Beitrag über die Darstellung des Risorgimento in italienischen Schulbüchern von 1945 bis heute. Wie die Doktorandin aus Aachen zeigen kann, überwiegt bei diesem Thema das Moment der Kontinuität eindeutig gegenüber den Zäsuren. So wurde die italienische Unabhängigkeitsbewegung im gesamten Untersuchungszeitraum immer ausgesprochen positiv dargestellt – ein Umstand, der auf ein letztlich ungebrochenes Verständnis von Nation verweist. Das Risorgimento erfuhr lediglich Umdeutungen: Verstand man kurz nach 1945 den Freiheitskampf noch ganz in der Tradition des ausgehenden 19. Jahrhunderts als „Aufstand gegen die Fremdherrschaft“, so wird er seit den Achtzigerjahren als Demokratisierungsbewegung interpretiert.

Einen klassischen Beitrag zur Parteiengeschichte Italiens in der unmittelbaren Nachkriegszeit lieferte Christian Blasberg aus Rom mit seinem Vortrag über den Partito Liberale Italiano (PLI). Obgleich damals ein durchaus bedeutendes Wählerpotenzial für eine liberale Partei existierte (das Land war noch von vielen Kleinunternehmern geprägt), blieb der PLI Zeit seines Bestehens eine unbedeutende politische Kraft. Blasberg führte das zum einen auf

mangelnde innere Kohärenz der Partei zurück und zeichnete akribisch die schier endlosen internen Flügelkämpfe und unzähligen Abspaltungen nach. Zum anderen habe der alles überschattende Dualismus zwischen der Democrazia Cristiana und dem linken Lager keinen Platz mehr für eine dritte politische Kraft in Italien gelassen, führte Blasberg auf Nachfrage aus dem Publikum ergänzend aus.

Den neuesten politischen Entwicklungen in Italien ging Paul Ginsborg nach. Der in Florenz lehrende britische Historiker widmete sich in seinem öffentlichen Abendvortrag, den das Wissenschaftszentrum Berlin veranstaltete, der Wahl von 2006 in historischer Perspektive. Dass Silvio Berlusconi trotz aller Skandale die Wahl nur ausgesprochen knapp verlor, ist nach Ginsborg nämlich nicht nur auf die enorme Medienmacht des Cavaliere zurückzuführen, sondern hat auch langfristige strukturelle Ursachen. So sei das stabile Wahlverhalten zunächst Ergebnis des überkommenen italienischen Patronage- und Klienteldenkens. Berlusconi, ehemals selbst Ziehsohn Bettino Craxis, habe über die Jahre ein dichtes Netz an Abhängigkeiten geschaffen. Zu dieser „Amigowirtschaft“ gehörten nicht zuletzt großzügige Geschenke, sei es an Privatleute, sei es an die Katholische Kirche in Form von staatlichen Zuschüssen. Zudem habe der erfolgreiche Unternehmer Berlusconi auf die Stimmen der vielen Selbstständigen zählen können, deren Kleinbetriebe die Wirtschaft Italiens bis heute prägen und die traditionell der politischen Rechten zuneigen. Darüber hinaus spiegelten sich im Wahlergebnis nach wie vor die politischen Trennlinien zwischen Nord, Mitte und Süden wider, die Italien seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert kenne. Nicht zufällig habe Forza Italia ihren größten Rückhalt im bis heute ländlich geprägten Mezzogiorno Italiens, der einstigen Hochburg der Democrazia Cristiana.

Beharrung und Umbrüche. Kirche und Gesellschaft nach 1945

An der Schnittstelle zwischen Politik- und Sozialgeschichte bewegte sich Malte Königs Vortrag über das Ende der staatlich lizenzierten Bordelle in Italien im Jahr 1958. Die ausgesprochen schwierige soziale wie rechtliche Lage der dort arbeitenden Frauen rief zwar bereits kurz nach Kriegsende Frauenrechtlerinnen auf den Plan, die das Thema auch in die Parteien trugen. Aber erst unter dem Eindruck eines entsprechenden UN-Verbots rang sich das italienische Parlament nach langem Hin und Her schließlich zu regulierenden Schutzmaßnahmen durch und verbot die Häuser. In der Aussprache verwiesen Paul Ginsborg und Brunello Mantelli auf die Ambivalenzen dieser Entscheidung: Zwar sei ein allgemeiner Wandel in den bis dahin sehr patriarchalisch geprägten Geschlechterbeziehungen zu verzeichnen. Andererseits habe sich *a la longue* die Lage von Prostituierten in Zeiten der

Globalisierung wieder verschlechtert, weil der Staat diesen Bereich nicht mehr kontrolliere und damit vor sexueller Ausbeutung schütze.

Mehr Konstanz als Wandel versprach der Vortrag von Árpád von Klimó über den italienischen Laienkatholizismus der Fünfzigerjahre vor dem Hintergrund der auch in Italien zu beobachtenden starken Rekatholisierung. Seinen Ausgang nahm der Beitrag des am ZZF tätigen Historikers von der Frage, was katholische Identität nach 1945 vor diesem Hintergrund eigentlich genau bedeute. Da sich sein Forschungsvorhaben noch ganz am Anfang befindet, konnte von Klimó noch keine Ergebnisse präsentieren und erläuterte vor allem den von ihm gewählten methodischen Zugang. Er erklärte, das für ihn weite und diffuse Feld der katholischen Identität von seinen Rändern her definieren zu wollen: über die diskursive Auseinandersetzung der Mehrheit mit den linken Randfiguren des Katholizismus, zu denen von Klimó insbesondere den in der Sozialarbeit engagierten Pfarrer Don Lorenzo Milani zählte. So lasse sich bestimmen, was damals gerade noch als katholisch erachtet worden sei und was eben nicht mehr.

Die diskursgeschichtliche Ausrichtung des Forschungsprojekts und die sich daraus ergebende Methodik stießen bei einigen der anwesenden Kollegen auf Fragen grundsätzlicher Art. Wie Paul Ginsborg erklärte, halte er es für zweifelhaft, ob man über Randfiguren des Katholizismus tatsächlich Aufschluss über den Mainstream gewinnen könne. Das gelte umso mehr, als Don Lorenzo Milani in den Fünfzigerjahren noch kaum eine Rolle in der innerkirchlichen Debatte gespielt habe. Zusammen mit Thomas Schlemmer plädierte Ginsborg für eine stärker sozialgeschichtlich ausgerichtete Katholizismusforschung, die auf der Ebene der einzelnen Pfarreien oder Bistümer anzusetzen habe.

Auch der Vortrag von Hans Heiss aus Bozen über die Wandlungsprozesse innerhalb des deutschen und italienischen Bürgertums nach 1945 im Vergleich rief eine lebhaft Diskussion über Methoden und Begriffe hervor. Heiss stellte fest, dass zwar im Gefolge des Nachkriegsbooms in beiden Ländern nachgerade explosionsartig eine neue Mittelschicht entstand. So entwickelte sich vor allem in Norditalien eine breite Schicht von ausgesprochen wohlhabenden Unternehmern und Selbstständigen, die dann später für die Forza Italia Silvio Berlusconi politisch aktiv wurden. Im Unterschied zur Bundesrepublik, wo es seit den Achtzigerjahren im Zeichen der Debatte um die „Zivilgesellschaft“ zu einer Renaissance von Bürgerlichkeit kam, bildete diese Schicht in Italien nach Heiss jedoch keine bürgerlichen Wertvorstellungen aus. Gegenüber der von Heiss vorgeschlagenen Verknüpfung sozialer Kategorien wie der Einkommenslage mit den innergesellschaftlich geführten Diskursen über Bürgerlichkeit plädierte insbesondere Christof Dipper dafür, sich stärker auf lebensweltliche

Aspekte zu konzentrieren. „Bürgerlichkeit“, verstanden als Selbstkonstruktion des Bürgertums, sei letztlich nur kulturell fassbar.

Eine Mischung aus Sozial- und Mediengeschichte bot der Vortrag von Roberto Sala über Radiosendungen des WDR für italienische Gastarbeiter in der Bundesrepublik. Mit derartigen Angeboten sollte zunächst der kommunistischen Propaganda aus dem Ostblock entgegengewirkt werden, später traten sozialfürsorgerische Aspekte hinzu. Im Zeichen des Aufbruchs von „68“ erfuhren die Sendungen dann – sehr zur Verärgerung der italienischen Regierung – eine politische Aufladung. Abschließend entwickelte Sala die These, das Radioprogramm habe unter den italienischen Gastarbeitern, deren zentraler Bezugspunkt zuvor oftmals noch die Heimatregion gewesen sei, ganz entscheidend zur Ausbildung einer gesamtitalienischen Identität auf deutschem Boden beigetragen. Wie ein Diskussionsteilnehmer anregte, sollten bei diesem Prozess zudem die gemeinsame soziale Lage sowie die Erfahrungsebene als Gastarbeiter stärker berücksichtigt werden.

Blockiertes System? Zur Geschichte des italienischen Terrorismus

Die teils rasant verlaufenden Liberalisierungsprozesse in Politik und Gesellschaft, die Italien wie Westdeutschland seit den Sechzigerjahren erlebten, nahmen weder Brigade Rosse noch die Rote Armee Fraktion wahr. Durch die Theorie der Neuen Linken, die hinter allem nur Repression im Gewande der Toleranz vermutete, kam es zu einer Selbstimmunisierung der beiden terroristischen Bewegungen, wie Petra Terhoeven aus Göttingen auf Basis der überlieferten Bekennerschreiben und programmatischen Schriften herausarbeitete. Zur Rechtfertigung ihrer Gewalttaten bemühten beide Terrororganisationen auf sehr ähnliche Weise den international agierenden Imperialismus im Spätkapitalismus – eine Denkfigur, die heute verschwörungstheoretisch anmutet. In der anschließenden Diskussion wurde zum einen angeregt, innerhalb des Terrorismus noch stärker in die einzelnen Strömungen zu differenzieren. Zum anderen schlug Paul Ginsborg vor, noch stärker das gesellschaftliche Umfeld auszuleuchten und etwa der Frage der öffentlichen Wahrnehmung des Terrorismus nachzugehen.

Insbesondere der bildlichen Darstellung der terroristischen Gewalt in Italien widmete sich abschließend Alexandra Locher aus Zürich. Die Schweizer Kollegin untersuchte dabei die Bilder, die die Brigade Rosse von ihren Entführungsoptionen gemacht hatten. In der Frühphase des Terrorismus, als die Roten Brigaden ihre Opfer nach kurzer „Haft“ im „Volksgefängnis“ wieder auf freien Fuß setzten, waren nach Locher die Bilder noch sehr „diskursiv“ ausgelegt, sollten in Interaktion mit der Umwelt treten. Das änderte sich jedoch bald: Die Bilder glichen

sich immer stärker polizeilichen Fahndungsfotos an und waren nun nicht mehr auf Kommunikation ausgerichtet. Locher sah darin einen Hinweis auf die zunehmende Isolation und Radikalisierung der Terrorbewegung. In der Diskussion wurde angeregt, die Gewalthaftigkeit der Bilder selbst zum Thema zu machen. Sehr wahrscheinlich dürften die Aufnahmen der Opfer bei den meisten Betrachtern vor allem Mitleid ausgelöst haben.

Welches Fazit lässt sich nun von der Veranstaltung ziehen? Sie bot zunächst eine Reihe ausgesprochen anregender Vorträge. Allerdings fiel auf, wie asymmetrisch der Forschungsstand in beiden Ländern ist: Während in Italien (bedingt vor allem durch Probleme des Archivzugangs) die allermeisten Arbeiten zeitlich gerade einmal an das Ende der Fünfzigerjahre heranreichen, verlagert sich in der Bundesrepublik der Forschungsschwerpunkt mittlerweile bereits auf die krisenhaften Siebzigerjahre. Das erschwert sowohl den internationalen Vergleich als auch den Gedankenaustausch zwischen deutschen und italienischen Forschern. Der Forschungsstand dürfte deutlich ausgeglichener sein, wenn die Arbeitsgemeinschaft für die Neueste Geschichte in knapp zwei Jahren zu ihrer nächsten Konferenz zusammentritt: Thema wird aller Voraussicht nach „Gewalt im 19. und 20. Jahrhundert“ sein.

Patrick Bernhard